

ARBEITSKREIS MENSCHENRECHTE (AKM)

- Working Group for Human Rights -

Thomas Müller

Am Pandyck 31

D-47443 Moers / Germany

Tel. 02841-9163753

E-Mail: info@akm-online.info

Internet: www.akm-online.info

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Mitteilung erhalten Sie im Rahmen des E-Mail-Aktionskreises von

- > Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) und
- > Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Arbeitsgruppe München (IGFM-München)

Diese Information finden Sie auch im Internet unter: www.akm-online.info . Wenn Sie unsere Mitteilungen nicht mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns das bitte mit unter: info@akm-online.info

Empfehlen Sie unsere Rundbriefe gerne weiter. Kennen Sie Personen, die daran Interesse haben könnten, teilen Sie uns gerne die E-Mail-Adresse mit; wir nehmen dann Kontakt auf.

Unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit auch als **IGFM-Mitglied**: <https://www.igfm.de/mitglied-werden/>

VORAB

Heute gibt es zwei Anliegen, um deren Unterstützung ich Sie bitte: Es geht zunächst einmal um das fundamentalste Menschenrecht, nämlich das **Lebensrecht!** Dieses könnte weiter Schaden nehmen, wenn die Potsdamer Professorin Brosius-Gersdorf als neue Richterin am Bundesverfassungsgericht berufen würde.

Das zweite Anliegen betrifft **zwei mutige kubanische Oppositionspolitiker**, die schon wieder inhaftiert wurden.

+ + +

MENSCHENRECHT AUF LEBEN: Nein zu **Abtreibungsaktivisten im** **Bundesverfassungsgericht!**



Im Deutschen Bundestag steht die Wahl neuer Richterinnen und Richter für das Bundesverfassungsgericht auf der Tagesordnung. Konkret geht es um die Nachfolge von drei Positionen. Die Kandidaten sind Günter Spinner (vorgeschlagen von CDU/CSU) sowie Frauke **Brosius-Gersdorf** und Ann-Katrin Kaufhold (beide von der SPD vorgeschlagen).

Vor dieser Wahl im Plenum tagt **am 7. Juli** der zwölfköpfige Wahlausschuss des Bundestags, der die Kandidaten prüft und eine Zwei-Drittel-Mehrheit für sie herstellen muss. Erst nach erfolgreicher Abstimmung im Wahlausschuss kann die Wahl im Plenum ohne Aussprache erfolgen.

Aus Sicht der ungeborenen Kinder ist die Potsdamer Jura-Professorin **Brosius-Gersdorf eine denkbar schlechte, wenn nicht katastrophale Wahl.**

Das sagt Frauke Brosius-Gersdorf:



„Schwangerschaftsabbrüche sollten nicht mehr als Unrecht gelten, sondern als normale medizinische Leistung anerkannt und von den Krankenkassen bezahlt werden.“

Quellen: Süddeutsche Zeitung, 13.3.2024 / Stenographisches Protokoll der Sitzung des Rechtsausschusses vom 10.2.2025

Sie hat in der letzten Legislaturperiode als stellvertretende Koordinatorin in der „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ der Ampel-Regierung **mitgearbeitet** - der Kommission, die eigens dafür eingesetzt wurde, **Abtreibungen in Deutschland zu legalisieren.**

>>> **Bitte helfen Sie mit**, die Nominierung von Frau Prof. Brosius-Gersdorf zu verhindern, indem Sie den nachfolgenden Appell an die Mitglieder des Richterwahlausschusses senden.

Mehr: www.alfa-ev.de, https://christlichesforum.info/petition-nein-zu-abtreibungsaktivisten-im-bundesverfassungsgericht/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=die-letzten-newsletter-total-beitrage-unseres-blogs_1



+ + +

An die Mitglieder des Richterwahlausschusses:

steffen.bilder@bundestag.de, ansgar.heveling@bundestag.de,
alexander.hoffmann@bundestag.de, stefan.korbach@bundestag.de,
carsten.mueller@bundestag.de, stephan.brandner@bundestag.de,
thomas.fetsch@bundestag.de, fabian.jacobi@bundestag.de,
sonja.eichwede@bundestag.de, dirk.wiese@bundestag.de,
britta.hasselmann@bundestag.de, clara.buenger@bundestag.de

Sehr geehrte Abgeordnete,

das Recht auf Leben ist das fundamentalste aller Menschenrechte. Es darf nicht auf dem Altar politischen Taktierens geopfert werden.

Aus diesem Grunde sehe ich eine mögliche Berufung der Potsdamer Professorin Brosius-Gersdorf als eine akute Bedrohung menschlichen Lebens in seiner frühesten Gestalt.

Wer, wie Frau Prof. Brosius-Gersdorf, Menschen einteilt in „hat Würde“ und „hat keine Würde“, ist denkbar ungeeignet für das Amt am obersten Gerichtshof unseres Landes. Sie steht mit ihrer Haltung auch gegen die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Bitte sehen Sie daher von einer Nominierung von Frau Prof. Brosius-Gersdorf ab.

Freundliche Grüße

+ + + + +

KUBA: Zwei Oppositionspolitiker willkürlich verhaftet

Quellen: Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter / ACAT, www.acat-deutschland.de, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte / IGFM, <https://www.igfm.de/kuba-jose-daniel-ferrer-erneut-in-haft/>, <https://www.igfm.de/berta-soler-und-felix-navarro-festgenommen/>



Die erneute willkürliche Inhaftierung der kubanischen Oppositionsführer und gewaltlosen politischen Gefangenen **José Daniel Ferrer** und **Félix Navarro** am frühen Morgen des **29. April 2025** gibt Anlass zu großer Sorge.

Beide Männer waren erst im Januar unter Auflagen freigelassen worden. Ihre erneute Festnahme – ohne vorherige gerichtliche Benachrichtigung oder Zugang zu einem Rechtsbeistand – stellt eine eindeutige Verletzung ihres Rechts auf Freiheit und Sicherheit der Person dar.

José Ferrer ist Opfer des Verschwindenlassens, da er sich ohne Kontakt zur Außenwelt oder Zugang zu seiner Familie oder einem Rechtsbeistand in Haft befindet. **Isolationshaft** kann Folter und Misshandlungen begünstigen und auch selbst eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung darstellen. Seine Familie hat zwar informelle Hinweise erhalten, dass er im Gefängnis von Mar Verde festgehalten wird, doch wurde sie bisher nicht offiziell über seinen Verbleib informiert. Seine Familie kann laut Amnesty International keinen direkten Kontakt zu ihm aufnehmen und ist zutiefst besorgt, was seine Gesundheit und seine körperliche Unversehrtheit betrifft. Seiner Frau wurde bereits bei zwei Mal der Besuch verweigert.



José Ferrer ist Sprecher der informellen Oppositionsgruppe UNPACU (Unión Patriótica de Cuba). Er war u.a. im Juli 2021 wegen Beteiligung an landesweiten Protesten festgenommen worden. Nach Anklage wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ wurde nie ein Gerichtsverfahren eröffnet.

Félix Navarro, ein 71-jähriger ehemaliger Lehrer und langjähriger politischer Aktivist, wurde zum dritten Mal inhaftiert, weil er seine Meinung friedlich geäußert hatte. Er leidet an einer Reihe chronischer Krankheiten, darunter Diabetes. Auch hat er Lungenprobleme nach einer Corona-Infektion. In der Haft wurde er nur unzureichend medizinisch versorgt. Félix Navarro ist Gründer



der **Partei für Demokratie Pedro Luis Boitel**. Er setzt sich seit über 30 Jahren für friedliche politische Reformen ein. Er war im Juli 2021 festgenommen worden, als er sich für inhaftierte Kolleginnen und Kollegen einsetzte, und zu neun Jahren Haft verurteilt (siehe unsere Homepage: <http://www.akm-online.info/02-06-2024-KUBA>) Dem Verfahren mangelte es jedoch an Transparenz. Betroffene und Familien wurden

ausgeschlossen, und es wurden Auflagen angeordnet, ohne rechtliche Garantien zu gewähren.

>>> Bitte helfen Sie mit, die Freilassung der beiden gewaltlosen politischen Gefangenen zu erreichen, indem Sie das nachfolgende Schreiben kurzfristig an die genannten Stellen schicken.

+ + +

Herrn Miguel Díaz Canel
Präsident der Republik Kuba
c/o: Botschaft der Republik Kuba
Stavanger Str. 20
D-10439 Berlin

E-Mail: recepcion@botschaft-kuba.de

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit großer Sorge vernehme ich Berichte über die erneute willkürliche Festnahme der kubanischen Oppositionspolitiker **José Daniel Ferrer** und **Félix Navarro** am 29. April 2025.

Die Verhaftung erfolgte ohne vorherige gerichtliche Benachrichtigung oder Zugang zu einem Rechtsbeistand. Es handelt sich um eine eindeutige Verletzung ihres Rechts auf Freiheit und auf Sicherheit der Person entgegen den völkerrechtlichen Verpflichtungen Kubas.

José Ferrer, Sprecher der informellen Oppositionsgruppe UNPACU, befindet sich derzeit in Isolationshaft. Diese Form der Haft kann Folter und Misshandlungen begünstigen und auch selbst eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung darstellen. Es gibt Hinweise, dass José Ferrer im Gefängnis von Mar Verde festgehalten wird.

Félix Navarro, Gründer der Partei für Demokratie Pedro Luis Boitel, leidet an einer Reihe chronischer Krankheiten, darunter Diabetes. Auch hat er Lungenprobleme nach einer Corona Infektion. In der Haft wurde er nur unzureichend medizinisch versorgt.

Hiermit appelliere ich an Sie, die gewaltlosen politischen Gefangenen José Daniel Ferrer und Félix Navarro unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Ebenfalls bitte ich Sie, die körperliche und psychische Unversehrtheit der Gefangenen sicherzustellen und Ihnen uneingeschränkten Zugang zu Ärzten, Rechtsbeiständen und Familienangehörigen zu ermöglichen.

Hochachtungsvoll

KOPIEN:

>>> **Auswärtiges Amt**, Werderscher Markt 1, D-10117 Berlin, E-Mail: buergerservice@diplo.de

>>> **Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe**, Dr. Lars Castellucci, E-Mail: menschenrechtsbeauftragter@diplo.de

>>> **Deutscher Bundestag**, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin, E-Mail: menschenrechtsausschuss@bundestag.de